

Schlussfolgerungen

DER FELDZUG DER Islamischen Republik Iran gegen die friedvolle Bahá'í-Gemeinde des Landes sticht nicht nur durch ihre ungerechte Diskriminierung hervor – die Bahá'í im Iran werden allein wegen ihres religiösen Glaubens verfolgt – sondern auch durch Gründlichkeit der Planung und eine subtile Umsetzung.

1979, fast zeitgleich mit ihrer Entstehung, begann die Islamische Republik mit einer umfassenden Welle von Hinrichtungen, Verhaftungen und Folterungen, die auf die 300.000 Mitglieder zählende Bahá'í-Gemeinde des Iran abzielte. Bis 1983 hatte man nahezu 150 Bahá'í getötet oder hingerichtet, Hunderte ins Gefängnis geworfen und Tausende gewaltsam von ihrem Arbeitsplatz vertrieben. Die Zahl der Getöteten sollte noch auf über 200 steigen.

Neben diesen Gräueltaten nahm die iranische Regierung auch die Kinder und Jugendlichen der Bahá'í-Gemeinde ins Visier. Kurz nach der Islamischen Revolution wurden alle Bahá'í-SchülerInnen und StudentInnen von den Schulen verwiesen und von Hochschulbildung ausgeschlossen.

Der internationale Druck zwang den Iran bald dazu, die Hinrichtungen und Inhaftierungen zurückzufahren sowie den Ausschluss der Kinder und Jugendlichen von den Grund- und weiterführenden Schulen aufzuheben.

Die Regierung hat jedoch den Bahá'í-Jugendlichen bislang noch nicht gestattet, an Universitäten und Hochschulen im Iran zu studieren.

In der modernen Welt gilt Hochschulbildung als Schlüssel für sozialen und ökonomischen Fortschritt und Entwicklung. Die andauernden Maßnahmen der Regierung, die Bahá'í vom Bildungserwerb abzuhalten, sind ein klares Indiz dafür, dass sie mit aller Gründlichkeit darauf

Während der vergangenen 25 Jahre bildete das Eintreten der internationalen Staatengemeinschaft die einzige Quelle des Schutzes und der Unterstützung für die Bahá'í-Gemeinde im Iran. Die Vereinten Nationen, einzelne Regierungen und die Medien brachten ihre Sorge zum Ausdruck.

abzielt, die Bahá'í-Gemeinde als lebens- und entwicklungsfähige Einheit zu zerstören.

Die offizielle Anordnung, den Bahá'í-Studenten die Zulassung zu staatlichen Hochschulen zu verbieten, wurde 1981, kurz nach der Islamischen Revolution, erlassen. In jenem Jahr veröffentlichten die Universitäten neue Zulassungsvoraussetzungen, wonach Bewerber einer der vier verfassungsmäßig anerkannten Religionen angehören mussten, nämlich der muslimischen, christlichen, jüdischen oder zoroastrischen Religion.

1991 erneuerte die Regierung diese Strategie in einem geheimen Memorandum, das einen ausgeklügelten Plan umriss, mit dem Ziel die Entwicklung der Bahá'í-Gemeinde zu „verhindern“. „Sie müssen von Universitäten verwiesen werden, entweder im Aufnahmeverfahren oder während des Studiums, sobald bekannt wird, dass sie Bahá'í sind“, heißt es in diesem Memorandum.

Noch heute beharrt die iranische Regierung auf dieser Politik, indem sie weiterhin den jungen Bahá'í den Zugang zur Universität versperrt, Menschen, deren einziges Vergehen darin besteht,

sich zu einem Glauben zu bekennen, der von den iranischen Mullahs als dem Islam zuwiderlaufend erklärt wurde. Dies ist eine Herausforderung für den aufgeklärten Geist.

Während sie international nach Handel und Vorteilen aus war, hat die iranische Regierung ihr Vorhaben jüngst wieder deutlich gemacht, indem sie all jene trickreich zu täuschen versuchte, die die Menschenrechtsslage im Iran überwachen. Sie stellte die Lage so dar, als ob es die iranischen Bahá'í selber wären, die es ablehnten sich an iranischen Hochschulen und Universitäten einzuschreiben. Dabei machte sich die Regierung die bekannte Tatsache zunutze, dass die Bahá'í niemals von ihren grundlegenden religiösen Prinzipien abrücken.

Ob Trick oder kein Trick, das Vorgehen der iranischen Regierung spricht eine klare Sprache: es läuft auf eine rechtswidrige und inakzeptable Verweigerung des Rechts auf Bildung für die Bahá'í im Iran hinaus.

Wie alle jungen Leute sehnen sich auch die Bahá'í-Jugendlichen im Iran verzweifelt nach den Lebenschancen und Erkenntnissen, die ein Hochschulstudium eröffnet. Dies verhält sich vor allem deshalb so, weil die Lehren ihrer Religion die Bedeutung von Wissen und Lernen betonen und zugleich die Bedeutung des Beitragens zur Gesellschaft als Ganzes hervorheben.

Während der vergangenen 25 Jahre bildete das Eintreten der internationalen Staatengemeinschaft die einzige Quelle des Schutzes und der Unterstützung für die Bahá'í-Gemeinde im Iran. Die Vereinten Nationen, einzelne Regierungen und die Medien brachten ihre Sorge zum Ausdruck.

Man kann nur hoffen, dass die führenden Akademiker der Welt nun diesem Beispiel folgen und gegen die empörende, ungerechte Unterdrückung, die den jungen Menschen in der Bahá'í-Gemeinde des Iran beständig widerfährt, Protest einlegen.

Für eine Web-Version dieses Materials oder Informations-Updates besuchen Sie bitte: <http://www.bahai.de/denial>